

SPD demokratischer pressediens

P/XXVII/103
2. Juni 1972

Berlin ist sicherer als zuvor

Notwendige Klarstellungen zum 3. Juni 1972

Von Klaus Schütz
Regierender Bürgermeister und SPD-Landes-
vorsitzender von Berlin

Seite 1 und 2 / 73 Zeilen

Staatsberatungen nicht überhastet!

CDU/CSU-Spekulationsbehauptungen über
"Finanzkrise" absurd

Von Max Seidel MdB
Stellv. Vorsitzender des Haushaltsausschusses
des Bundestages

Seite 3 / 38 Zeilen

Bestätigung der Bonner Ostpolitik

Fazit der West-Ost-Gipfeltreffen für die
BRD

Seite 4 / 39 Zeilen

Sonderbeilage: "Frau und Gesellschaft"

Chefredakteur: Dr. E. Eckert
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler
5300 Bonn 12, Heussallee 2-10
Postfach: 120 408
Pressehaus 1, Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 37 - 38
Telex: 555 846 / 555 847/
555 848 PPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

Berlin ist sicherer als zuvor

Notwendige Klarstellungen zum 3. Juni 1972

Von Klaus Schütz

Regierender Bürgermeister und SPD-Landesvorsitzender von Berlin

Der 3. Juni 1972 ist der Tag, an dem die Berliner einen Strich unter die Nachkriegsgeschichte ihrer Stadt ziehen können. Keinen Schlußstrich - denn der Alltag geht weiter wie bisher. Was der Einzelne sich vorgenommen hat, was die Stadt plant, all das wird nicht unterbrochen, sondern kontinuierlich fortgeführt.

Aber die erschwerenden und manchmal schwierigen Bedingungen, unter denen jeder Einzelne in Berlin seit Jahr und Tag lebt, und die durchgängig eingeengte Situation der Stadt insgesamt sind nun durchbrochen und im wesentlichen vorbei. Berlin hat die Zeit der Drohungen und Bedrohungen und der Anwendung von Gewalt gegen seine demokratische Existenz hinter sich. Die Stadt ist jetzt sicherer als zuvor, das Leben wird für ihre Bewohner spürbar leichter werden.

Den Strich unter die Nachkriegsgeschichte Berlins setzen die vier Mächte durch die Unterzeichnung des Schlußprotokolls des Berlin-Abkommens, das die Außenminister am 3. Juni 1972 vornehmen. Sie setzen damit das Berlin-Abkommen vom 3. September 1971 in Kraft.

Dieses dreiviertel Jahr hat die Bundesrepublik Deutschland und haben wir in Berlin politische Auseinandersetzungen erlebt, die bis zur Erbitterung reichten. Dies war von vornherein klar: Nur wenn der Deutsche Bundestag die beiden Ostverträge ratifizieren würde, würde die Sowjetunion das Berlin-Abkommen unterschreiben.

Nun, die Bundesregierung und die sie tragenden beiden Parteien SPD und FDP haben sich durchgesetzt. Damit war der Weg freigemacht für das Wirksamwerden der Regelungen in und um Berlin. Alle auf der Seite der politischen Vernunft haben aufgeatmet, und wenn es heute auch nur noch eine Bemerkung im Blick zurück ist: Es bleibt unerfänglich, was die Gegner der Ostpolitik der Bundesregierung sich dachten, als sie gegen die Ostverträge zu Felde zogen. Abgesehen von ihrer Wirklichkeitsferne: An Berlin haben sie jedenfalls

nicht gedacht, und an manches andere bestimmt auch nicht.

Was die Berliner um Ostern und um Pfingsten durch den Vorgriff der DDR auf die Praktiken des Berlin-Abkommens zeitbegrenzt erlebt haben, wird nun von Dauer sein. Der Transitverkehr zwischen Westberlin und dem Bundesgebiet geht schnell und hindernisfrei vonstatten, sei es für Personen, sei es für Güter. Und nach Belieben, wenn auch noch begrenzt auf 30 Tage im Jahr, können die Westberliner zu Besuchen und Reisen nach Ostberlin und in die DDR fahren. Sie haben ein durch die Vier Mächte verbrieftes Recht darauf.

Der Sinn beider Praktiken liegt auf der Hand: Er erleichtert vor allem den Westberlinern das Leben. Soweit braucht darüber gar nicht gesprochen zu werden. Dennoch kann man über die Folgen aus beiden Regelungen nachdenken.

Nach der einen Seite hin rücken Westberlin und die Bundesrepublik näher zusammen. Es wird sich, je länger desto mehr, positiv für unsere Stadt auswirken, daß nicht nur die Kilometer feststehen, die zwischen einem Orte im Bundesgebiet und Berlin liegen, sondern auch die Zeit aus ganz normalen Faktoren auszurechnen ist, die man zum Zurücklegen der Entfernung braucht. Wirtschaft und Handel werden das sehr bald positiv spüren.

Und nach der anderen Seite hin kommen sich die Westberliner und die Bürger der DDR näher. Von privat zu privat kann ein ungehindert Austausch von Meinungen und Informationen stattfinden. Damit geschieht viel mehr in deutschen Interessen, als jemals durch gesamtdeutsche Deklamationen aufgebracht werden konnte.

Grundlegend aber für uns in Berlin ist dies: Durch das Abkommen erkennt nun auch die Sowjetunion die gewachsenen Bindungen unserer Stadt an den Bund an. Die oberste Gewalt der Vier Mächte bleibt - aber unsere Zugehörigkeit vor allem zur Wirtschafts-, Finanz- und Rechtsordnung der Bundesrepublik sowie die außenpolitische Vertretung durch den Bund stehen nicht mehr in Frage.

Die Politik, die auf die Umwandlung Westberlins in eine selbständige politische Einheit, in einen dritten Staat auf dem Boden des ehemaligen deutschen Reiches abzielte und zu der Wendungen gehörten wie die, daß Westberlin inmitten und auf dem Territorium der DDR liege - dies und alles andere, was sonst vorgebracht wurde, um uns vom freien Teil Deutschland zu trennen, ist jetzt überwunden.

Aus alledem folgt: Berlin ist sicherer als zuvor, es braucht sein Hauptaugenmerk nicht mehr auf die Selbstbehauptung zu legen, sondern kann seine Kraft verstärkt dem Vorankommen zuwenden und unbeschwerter an die Zukunft denken. Das gleiche gilt für jeden Einzelnen in Berlin. Wir haben jetzt, das sagen wir ohne Einschränkung, den Status quo plus. (-/ex/2.6.1972/ks)

Etatberatungen nicht überhasten!

CDU/CSU-Spekulationsbehauptungen über "Finanzkrise" absurd

Von Max Seidel MdB

Stellv. Vorsitzender des Haushaltsausschusses des Bundestages

Mit Ruhe und Gelassenheit sollte der Bundestag an die weitere parlamentarische Eriedigung des Bundeshaushalts 1972 herangehen. Seit der Unterbrechung der 2. Lesung des Haushalts am 28. April 1972 - hervorgerufen durch eine dreiwöchige parlamentarische Behandlung der Ostverträge - ist keine finanz- und konjunkturpolitische Entwicklung eingetreten, die zu übereilten Handlungen des Parlaments in Sache Haushalt Anlaß gibt.

Bereits am 26. April hatten die Koalitionsfraktionen einen Entschließungsantrag zur 3. Beratung des Haushaltsgesetzes 1972 eingebracht, der die Bundesregierung auffordert, die Nettokreditaufnahme - über die globale Minderausgabe von rd. 2,2 Milliarden DM hinaus - um weitere 1,3 Milliarden DM zu reduzieren. Über die Streichungsvorschläge des Bundeswirtschafts- und Finanzministers werden die Koalitionsfraktionen in der neuen Woche eingehend beraten.

Die vorgesehene Höhe der Einsparungen von 2,5 Milliarden DM im Haushalt ist an sich nichts Sensationelles. Der Bundestag hat z.B. im Jahr 1959 bei einer Gesamtausgabe des Bundesetats von rd. 40 Milliarden = 2,5 Milliarden DM Minderausgaben beschlossen, im Jahr 1964 bei einem Gesamtbetrag von 60 Milliarden DM 2,2 Milliarden DM durch Minderausgaben gekürzt und 1969 bei 83,3 Milliarden DM Bundeshaushalt 1,7 Milliarden DM als Minderausgaben eingespart. Wenn der Bundeshaushalt 1972 das Volumen von 109 Milliarden DM ausweist, kann in der Reduzierung und Einsparung von Minderausgaben in Höhe von 2,5 Milliarden DM nichts Außergewöhnliches gesehen werden. Vor allem ist dabei der Vorwurf der Opposition, es handle sich hier um eine wesentliche Reduzierung des Reformprogramms der Bundesregierung, hinfällig, und die Spekulationsbehauptung der CDU/CSU, hier zeichne sich eine Finanzkrise ab, ist geradezu absurd.

Im Zusammenhang mit der Debatte über den Kreditbedarf der öffentlichen Haushalte in der derzeitigen Konjunkturlage kann nicht nur der Bund ein Beispiel der Zurückhaltung geben, sondern auch die Länder und die Gemeinden sind aufgerufen, ihre bisherigen Kreditpläne neu zu überprüfen.

Der Bundestag wird gut beraten sein, wenn er diese Überlegungen zum Haushalt 1972 ohne Hast und Zeitdruck sachkundig berät.
(-/ee/2.6.1972/ks)

Bestätigung der Bonner Ostpolitik

Fazit der West-Ost-Gipfeltreffen für die BRD

Die weitreichenden Ergebnisse der Staatsbesuche des US-amerikanischen Präsidenten Richard Milhous Nixon in der Sowjetunion und in der Volksrepublik Polen haben auch für uns Deutsche größte Bedeutung. Die Verbesserung der Beziehungen der westlichen Weltmacht zu der östlichen Weltmacht und zu einem der wichtigsten Mitglieder des östlichen Staatenbündnisses bringen für uns als engem Partnerstaat der USA eine wesentliche Festigung und zugleich eine erfreuliche Erweiterung unserer eigenen Kontakte zu Moskau und zu Warschau.

Diese positive Entwicklung ist fest verklammert mit der von der sozialliberalen Bundesregierung betriebenen Ost- und Deutschlandpolitik. Der Entschluß der Brandt-Scheel-Koalition, von der Notwendigkeit einer von beiden Seiten akzeptierbaren Klärung der Nachkriegssituation ausgehend endlich konkrete und realistische Schritte nach vorn zu machen, hatte von Anfang an die Zustimmung aller unserer westlichen Verbündeten und darüber hinaus der ganzen übrigen Welt gefunden. Die Phase der Bonner Deklamationen mußte von Bonn rasch und rauh beendet werden, wenn die Bundesrepublik nicht von einer Entwicklung überrollt werden wollte, die an der von früheren Bundesregierungen betriebenen Politik längst vorbeigegangen war. Die aus eigenen Erkenntnissen und aus eigenem Antrieb, aber stets in engstem Konnex mit den Verbündeten begonnene und entschlossen durchgesetzte Ost- und Deutschlandpolitik des Bundeskanzlers Willy Brandt und seines Außenministers Walter Scheel entsprach und entspricht daher nicht nur den wohlverstandenen deutschen Interessen, sondern ebenso dem dringenden Entspannungsanliegen unserer Bündnispartner.

Dieser klare Tatbestand ist nunmehr auch formell durch die Gipfeltreffen in Moskau und Warschau bestätigt worden. Die dort erfolgten ausdrücklichen Hinweise auf die Verträge mit Bonn und auf das Berlin-Abkommen lassen in aller Eindringlichkeit den hohen Stellenwert erkennen, der diesen Verträgen und Abkommen von West und Ost zugemessen wird. Die sozialliberale Bundesregierung und ihre Koalitionsparteien können sich mit vollem und nicht mehr bestreitbarem Recht das Verdienst zuschreiben, mit diesen Verträgen mit Moskau und Warschau, denen in naher und absehbarer Zeit weitere Verträge mit den übrigen Ostblockstaaten folgen sollen und werden, einen überaus gewichtigen Beitrag zur internationalen Entspannung und damit zur Sicherung des Weltfriedens geleistet zu haben. (ee/ee/2.6.1972/mi)